

ten.
Februar.
er Bim.
Am
eichen
Aquat
hühner
r Sonn
35 W
64 W
Min.,
n. —
als na
tertel
der W
d. —
Boche
die W
über
Rats
er daga
ch Mi
n. en
ng vom
die Ghe
i Roge
von 20
er mit
beretung
ach ist
mo
loermod
gehe
n. Nach
tanze
am zur
eldstra
währen
4 Wom
n. —
W
Hirt
Einbr
en Grad
el Schm
hig war
In d
bedene
Es best
Diebst
verfist
immer
hinen
den Pro
verwied
erinner
Jahren
nd 8
sichen
Raifer
Bene
he Be
Beleg
etlich:
1—125
26—250
51—375
76—Sch
verkauf
meister.
en für
Sinn hier
a Tage
a Brot
—100
—200
—300
—400
—Sch
achten.
meister.
dem
senen
twe
und
arrer
seren
918.
H.
am 20
dem
ge
gen
gurd.
Gehlen

Erzähler vom Westerwald

Hachenerburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Multipliziertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzel in Hachenburg

5253

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.
monatlich 80 Pfg. mit Beirgerlohn; durch die
Post 2.25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Sonntag den 3 März 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechszeilige Zeile 20 Pfg., die Restzeile 10 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

28. Februar. Englische Erkundungsversuche an der Westfront werden im Nahkampf und im Gegenstoß zurückgeschlagen. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz nehmen die Operationen ihren Verlauf. — In Ostpreußen werden 2000 Maschinengewehre 50000 Gewehre erbeutet.
1. März. Mordlich von Vorkostelle scheitern englische Versuche. — In einzelnen Schritten der Kampf an der Westfront. — An der ukrainischen Front scheitern deutsche Truppen den Dniepr. — Im Osten wird Privat-Motille erbeutet. — Bei Staro Konstantinow werden die Russen von deutschen Truppen und polnischen Legionären geschlagen. — Österreichisch-ungarische Truppen in die Ukraine eingerückt.

Das Recht auf „Umfall“.

(Am Wochenschluß.)

Vor dieses hatte sich seit Wochen angehäuft. Immer wieder war die öffentliche Meinung im Reiche mehr oder minder tief bewegt und aufgewühlt über Epochen und Zwischenräume der Weibchen wie der Begebenheiten in der Welt. Die Dinge nach gründlicher Umwälzung in der Ausdrucksweise, die sich auf dem festen Boden der Verfassung des Reiches der neuen Regierung zu bewegen hatte. So lebte man der großen politischen Debatte entgegen, die sich im Reichstage an die Beratung des Haushaltsplanes anknüpfte. Seit fast einer Woche ist sie im Gange und eben daran, ihren Abschluß zu finden. Sie hat uns noch einmal aufgezeigt, was faktisch bekannt ist: das Leben und den Grad der Gegenständlichkeit in der Welt und in den Fragen der Kriegsführung und der Befähigung zum Frieden, in den Richtlinien für die inneren Reformen im Reiche und in Preußen. Das konnte niemand anders erwarten. Diese Parade über das umgeschaltene Maßstab für den Streit um die Unternehmung ist nun einmal hergebrachtermaßen die parteipolitische Methode. Sie wird angewandt, wenn der Entschluß feststeht, die Debatte unverzüglich weiterzuführen; sie wird nicht minder und erst recht festgehalten, wenn man sich der vaterländischen Dringlichkeit und der nationalen Zweckmäßigkeit nicht länger verweigert. Möglicherweise der Annäherung in den Bereich der Erregungen zu ziehen. Man „wacht das Gesicht“. Die Angriffe Verteidigung oder gar Kompromiß haben in den Unentwegten, für den „Voll und Ganzen“ einen tiefen Beigeschmack. Er gebietet sich darum um ungehöriger, je mehr die Ereignisse, wenn er sie an einen künftigen aufgegebenen Berechnungen und Theorien anknüpft und es ihm immer genug werden lassen, es es zu tun, wieder einen sicheren Anknüpfung zu erreichen. Es ist dahingewandt, wie weit die Vorträge schon Rückschlüsse auf einen gewissen Fund; aber jene träge Unversöhnlichkeit, die die Gemüter von Tag zu Tag zu steigendem Wustweizen, ist jedenfalls nicht das Kennzeichen dieser Woche in der Volksvertretung gewesen, die der großen Überzeugung gewidmet war. Nichts ist bezeichnender für den Stand der innerpolitischen Auseinandersetzungen als das zeitweilige völlige Abblenden der Stimmung, ja auch der Teilnahme an weiteren rednerischen Auslassungen, nachdem die ersten Kräfte sich aneinander gemessen hatten. In das Ende eines solchen Einschnitts in den Vorkampf hat der Reichsfunkler Graf Hertling mit innerlicher Bestimmung und voller Nachdrücklichkeit den Mahnruf ausgesprochen: das Kriegsbeil zu begraben! Das war nichts weniger als eine bloß aufgemeinte Rederzierung. Ein gewiegter Politiker von dem Range des Grafen Hertling und den Erfahrungen eines Menschenalters, ein so feinsinniger Kenner der Wünsche der Parteien geht nicht daran, Vorurteile des politischen Widerstreits mit dem schwanken Schemel eines Clavis überbrücken zu wollen. Wenn der Kanzler in Güte und zugleich dem Ernste der politischen Verantwortung, den Parteien aufgab, sich einmal die Dringlichkeit der Zurückstellung des Trennenden und des Zusammenfassenden auf das Einigende zu überlegen und darnach zu handeln, — rath zu handeln, — dann tat er dieses aus der Kritik der Lage heraus. Er muß zwingend nach dem Verlaufe der Auseinandersetzungen die Verleumdungen für einen Erfolg seines Appells für gegeben erachtet haben. Das Wort darf nicht verhallen! Ein Vaterlandsdank ist ihm zu verdanken!

„Ja, aber!“
Fort mit dieser Schablone der fraktionellen Dialektik. — Heraus mit der Frische der Entschiedenheit, mit der beabsichtigten Tat; heraus mit dem „Ja, also!“ und hinein mit ins Land; es drückt das letzte Siegel auf die Unversöhnlichkeit der entscheidenden Volksgemeinschaft.
Mit genug und entscheidend ist geredet und geschrieben worden den erheblichen sachlichen Schwierigkeiten und Hemmnissen, die den Weg zur Verständigung bisher verbaute haben. Es braucht heute nicht nochmals zu geschrieben. Auch vor dieser Art ist ihre Beilegung haben die Götter den Schweiss

geseht. Dann schreit aber, bis das Werk getan ist. Volksgemeinschaft sollte es aber sein, auch noch Widerstände taktischer und persönlicher Artung beiseite zu lassen. Da steht oben an die große Sorge, als eine zu erscheinen, der seine Meinung gewechselt hat. Man will sich nicht öffentlich an den Branger schleppen lassen mit der Wahl, ob dieser „Umfall“ aus Unkenntnis oder aus Grundlosigkeit gechehen ist. Man bedankt sich dafür, lächerlich oder verächtlich gemacht, in seiner politischen Repräsentation böß zergaust zu werden. Also: es lebe die Unentwegtheit und die Versteinerung, auch wenn das Vaterland in Scherben geht.

Dies gilt es einen Ausbruch gewisser Methoden der parteipolitischen Polemik einmal mit Schellenstein auszubrennen. Welch eine Freude herrscht bald da, bald dort, wenn es hartnäckigem Spürsinn gelungen war, aus vergifteten Heften einem Gegner schwarz auf weiß nachzuweisen, daß er früher mal etwas ganz anderes oder juch das Gegenteil von dem gesagt habe, was er heute betreibt! Welch ein Spott prasselt auf eine Fraktion hernieder, die zuerst gegen, dann für eine Vorlage sich entschließt! Wir haben wohl alle innerlich solche Beweisgründe für herzlich schwach gehalten, aber schlagen wir uns an die Brust, das Verfahren gebietet auf allen Seiten zu den Waffen für Angriff und Abwehr. Was alles dazwischen lag, das brauchte ja weiter keine Kopfschmerzen zu machen: so ein bißchen Antikörperwechsel, Folge von zwei, drei, vier neuen Kanalarbeitern, das Heranwachen ungehörter sozialer, wirtschaftlicher, politischer Probleme, dann endlich ein bißchen Weltkrieg — verflucht alles nicht, dem armen Sünder wurde seine traffe Wandlung angekreidet. Kann solcher Art im Weltkriege noch Raum verstatet werden? Sollen Fraktionen, die sich entschließen, Notwendigkeiten Rechnung zu tragen und Bedenken zurückzustellen, statt Anerkennung Spott und Verabfolgung gewärtigen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Sie nicht verneinen, heißt den Sinn parlamentarischer Arbeit überhaupt in Unfug verkehren. Die Angst vor einem Fund in Aktien- oder Zeitungssammlungen darf nun und nimmermehr bewirken, daß Vertilgung auf ins Meer schallt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Eine scharfe Abrechnung mit Deutschlands Feinden hielt in der württembergischen Zweiten Kammer Ministerpräsident Dr. Frhr. v. Weizsäcker. Er sagte u. a.: Unsere Feinde täuschen sich, wenn sie glauben, durch feindliche Flugblätter und durch an die Mauer gehörende Agenten die Seele unseres Volkes zu vergiften, und wenn man in Paris „bis zum Ende“ rufe, so soll das bis zu unserem Ende heißen. Das sei die Gewissenlosigkeit des Spieles um die höchsten Güter der Menschheit. Der Minister fand die Zustimmung des Hauses, als er den feindlichen Staatsmännern rief, sie sollten einmal das Phrasengeflügel aufgeben, denn die ganze Welt wisse, daß der „Heilige Egoismus“ bei den Engländern und Franzosen so gut wie bei den Italienern zur Teilnahme an dem Profittkriege geführt habe. Wenn auch die feindlichen Führer nach dreieinhalb Jahren Weltkrieg ferner als je von der Erkenntnis der Wahrheit seien, die den Weg zum Frieden bedeute, so begünne sich doch die Vernunft in der mitleideten gegnerischen Bevölkerung zu regen.

+ Aus Anlaß des Regierungswechsels in Mecklenburg-Strelitz hat Großherzog Adolf Friedrich IV. von Mecklenburg-Schwerin eine Proklamation erlassen, in der es heißt: „In Anbetracht der jetzt eröffneten Regierungsfolge bedürfen verschiedene Aufgaben noch einer sicheren und objektiven Klärung. Das Wohl des Landes gestattet jedoch keine Unterbrechung der Regierungstätigkeit. Auf Grund der Hausgesetzgebung und Verträge haben wir deshalb als nächster Akt die Regierungsgewalt in dem Großherzogtum übernommen.“

+ Im Unterhause erteilte Minister Balfour auf die Anregung eines Abgeordneten eine indirekte Antwort an den Grafen Hertling. Er führte aus, daß die Vereinbarung zwischen den Kämpfern noch nicht soweit sei, daß man diplomatische Verhandlungen eröffnen könne. Balfour machte ironisch abfällige Bemerkungen zu Hertlings angeblicher Annahme der Hauptgrundlage Wilsons und sagte, er würde der Sache des Friedens den höchsten Schaden zufügen, wenn er die Hoffnung ermutigte, daß es irgendwelchen nützlichen Zweck hätte, Verhandlungen zu beginnen, bevor Ausflüchten beständen auf etwas, was einem allgemeinen Abkommen ähnlich sähe.

Polen.

+ Warschauer Blätter zufolge hat der Regentstatrat eine Note an die ukrainische Regierung gerichtet, in der er auf die durch den Brester Friedensvertrag unter den Polen hervorgerufene Aufregung und auf die historischen Rechte der polnischen Nation verweist und betont, daß die Polen ein einträchtiges Zusammenleben mit der ukrainischen Nachbarnation anstreben und deshalb mündigen, daß die Feststellung der Landesgrenzen durch eine polnisch-ukrainische Grenzkommission geregelt wird.

Österreich-Ungarn.

+ Das Amt für Volksernährung soll jetzt nach dem Rücktritt des Ministers Generalmajor Doerfer dem Ministerpräsidenten angegliedert werden. Kaiser Karl hat an den scheidenden Minister ein huldvolles Handschreiben gerichtet, wonach seine Wiederverwendung vorgezogen und ihm der Orden der Eisernen Krone 1. Klasse verliehen wird. Die Angliederung des Volksernährungsamtes an das Ministerpräsidentium findet um so mehr allseitige Zustimmung, als Ministerpräsident Dr. v. Seidler als Sektionschef im Ackerbauministerium Gelegenheit hatte, sich mit allen einschlägigen Fragen vertraut zu machen.

+ Die Verhandlungen über einen neuen Donau-Schiffahrtsvertrag sind seit einigen Tagen in Budapest im Gange. Sie waren notwendig, da durch den Krieg die Donauakte vom Jahre 1866 ihre Gültigkeit verloren hat. Die Angelegenheit wird gleichzeitig zwischen den Regierungen und in gemischten deutsch-österreichisch-ungarischen Kommissionen verhandelt. Die Grundlagen der gemeinsamen Beratungen bildet ein von Ungarn ausgearbeiteter Entwurf. Es wurde bereits vereinbart, als „Kommission der Donauländer“ eine besondere Organisation zu schaffen, deren Aufgabe in der Leitung und Abwicklung der internationalen Angelegenheiten der Donau-Schiffahrt besteht.

+ Über den österreichisch-ungarischen Einmarsch in die Ukraine gab Ministerpräsident Dr. v. Seidler im österreichischen Herrenhause eine längere Erklärung ab. Er führte aus, daß dem Eruchen der ukrainischen Regierung um Hilfeleistung gegen die russischen Roten Garde schon deshalb entprochen werden mußte, um die Erfüllung des Friedensvertrages zu sichern. Im übrigen habe der Vorkriegsstand weder den Charakter einer Kriegshandlung noch irgendwelche politische Bedeutung.

Schweden.

+ Das Wahlrecht und die Wahlbarkeit der Frauen für den Reichstag soll durch einen Gesetzentwurf eingeführt werden, der jetzt dem Parlament von der Regierung vorgelegt worden ist. Die Frauen werden nach dem Entwurf mit den Männern vollständig gleichgestellt. Da eine Mehrheit für das Gesetz gesichert ist, ist an seiner Annahme nicht zu zweifeln.

+ Die Waffenexporte nach Finnland, die schon einmal von der Regierung abgelehnt worden ist, war erneut Gegenstand der Verhandlung im Reichstage, da ein Abgeordneter wieder die Aufhebung des Verbots beantragt hat. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung werde sich in die inneren Verhältnisse Finnlands nicht einmischen und deshalb das Waffenexportverbot nicht aufheben.

Schweiz.

+ Die gesamte Presse beschäftigt sich mit den zunehmenden Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung, die sich zu einer Notlage zu gestalten drohen, falls Amerika nicht endlich seine Versprechungen bezüglich der Sendung von Getreide hält. Die Vorräte gehen rasch zur Neige. Eine Besserung erwartet man von den Schritten, die die Regierung der Vereinigten Staaten zum Charter von 80 holländischen Schiffen unternahm, deren Frachtraum auch der Versorgung der Neutralen hätte zugute kommen sollen. Aber diese Schritte führten noch immer nicht zum Ziel. Der Anstieg an Brotgetreide ist um so mislicher, als wir auch an Ertragsrückgängen Mangel leiden, an Kartoffeln (wie die Bestandsaufnahmen zeigen), an Mais und Reis. Dazu gesellt sich eine rasch zunehmende Arbeitslosigkeit.

Großbritannien.

+ Die neue Bewegung in Irland, die anfangs von den englischen Behörden totgeschwiegen wurde, hat sich jetzt so weit ausgedehnt, daß von London aus notgedrungen eine amtliche Meldung erfolgen muß. Sie besagt, daß in der Grafschaft Clare Unruhen ausgebrochen sind, die mit Hilfe des Militärs unterdrückt wurden. Französische Blätter berichten dazu, daß die Unruhen sich über vier Grafschaften erstreckten. Dort hat jede Autorität aufgehört. In den vier Grafschaften besetzten die Sinnfeiner Güterhöfe und rufen die irische Republik aus. Bestrafungen sind erfolglos, da die Sträflinge sie mit Hungerstreik beantworten.

+ Auf einem unter Vorsitz Northcliffes abgehaltenen Frühstück führte Bonar Law aus, daß England nicht eine neue langfristige Anleihe aufnehmen wolle. Der bestmögliche Weg, um die Mittel für die Kriegsführung zu beschaffen, sei von Woche zu Woche dem Staate Geld zu leihen. Wochenweise könne das Publikum Geld geben, ohne Störung des Finanzwesens, und diese Art würde das Ansbarrungsvermögen Englands am besten an den Tag legen. Es sei offenbar, daß der Krieg nicht bald zu Ende gehen werde, und man könne sich mit dieser Hoffnung nicht an das Volk wenden. Die jetzt eingeführte „Geschäftswache“ werde die Methode, Geld aufzubringen, zu sicherem Erfolge für unbegrenzte Zeit führen. Die Absicht sei, jeden Landesteil anzufordern, entsprechend seiner Bevölkerungsgröße zu einem der großen Kriegsmittel beizutragen. Man würde also einen patriotischen Wettbewerb zwischen den einzelnen Landesteilen aufleben.

Das Publikum müsse jeden Groschen sparen und die Ersparnisse direkt dem Staate leihen.

Serbien.

Der schon häufig angekündigte Rücktritt des Kabinetts ist jetzt zur Tatsache geworden. Bei der Präsidentschaftswahl der Stupschina erhielt der Regierungskandidat 54 Stimmen gegen 50 Stimmen, die auf den Kandidaten der Opposition fielen. Infolge dieser äußerst geringen Mehrheit von 4 Stimmen für die Regierung, reichte das gesamte Kabinetts keine Entlassung ein. Die Opposition, die geschlossen für den Friedensschluss eintrat, hat damit einen beachtenswerten Erfolg davongetragen. Ob die Politik Serbiens dadurch beeinflusst wird, ist freilich eine andere Frage.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 1. März. Der vom Bundesrat angenommene Gleichentwurf über die Veranstaltung von Lichtspielen steht die Konzessionspflicht und die Entscheidung nach der Bedürfnisfrage vor.

Berlin, 1. März. Es verlautet, daß eine Erhöhung der Aufwandsgehalte der Reichstagsabgeordneten von 3000 auf 5000 Mark von der Regierung beantragt werden solle.

München, 1. März. Eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat heute unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten v. Dandl in Berlin stattgefunden.

Stuttgart, 1. März. Im Kloster Beuron ist Erzabt Adelfons Schöber gestern gestorben.

Berlin, 28. Febr. Aus Anlaß des Geburtstages des Königs der Bulgaren fand gestern in der Hofkapelle ein Festgottesdienst statt, dem u. a. Generaloberst von Kessel als Vertreter des Kaisers und die Spitzen der Gesellschaft beizuhörten.

Berlin, 28. Febr. Die von verschiedenen ausländischen Zeitungen wiedererregte Meldung, daß Wolffs Telegraphisches Büro in das Eigentum der Firma Friedrich Krupp A. G. übergegangen sei, entbehrt jeder Begründung und ist vollständig frei erfunden.

Berlin, 28. Febr. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann hat sich eine schwere Sehnenzerrung am Fuß zugezogen, so daß er längere Zeit an der parlamentarischen Arbeit verhindert ist.

Stuttgart, 28. Febr. Die Stuttgarter Strafkammer verurteilte den Geschäftsführer der Deutschen Vaterlandspartei Württembergs, Professor Hermann Haug, wegen Beleidigung des fortgeschrittenen Reichstagsabgeordneten Conrad Haukmann zu 300 Mark Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen.

Bern, 28. Febr. Die Zürcher Post knüpft an die Versicherung des Grafen Dertling, daß Deutschland die Schweizer Neutralität achten wird, die Hoffnung, auch Clemenceau möge in der nächsten Rede eine ähnliche Erklärung abgeben, die zur politischen Verubigung in der Schweiz erheblich beitragen würde.

Dang, 28. Febr. Der Minister des Auhern hat eine Kommission ernannt, um zu untersuchen, auf welcher Grundlage die wirtschaftlichen Beziehungen Hollands zu den Mittelmächten nach Ablauf des jetzigen Abkommens am 31. März geregelt werden sollen.

Stockholm, 28. Febr. In Berlin ist ein neues nationalliberalen Ministerium gebildet worden, das milder englischfreundlicher als das vorhergehende ist.

Madrid, 28. Febr. Die Unabhängigkeit Finnlands ist von der spanischen Regierung anerkannt worden.

Athen, 28. Febr. Gestern fand die Hinrichtung der vom Kriegsrat wegen Beteiligung an den Unruhen in Samos zum Tode verurteilten Zivil- und Militärpersonen statt. Unter den Verurteilten befanden sich zwei Frauen.

Deutscher Reichstag.

(138. Sitzung.)

CB. Berlin, 28. Februar.

Am Ende des Bundesrats haben Bischoff v. Bager, die Staatssekretäre Graf Roeder und Graf. Fortgeleitet wird die erste Lesung des Haushaltsplans.

Abg. Landsberg (Soz.): Gewiß freuen auch wir uns des russischen Friedens, aber nicht der russischen Friedensbedingungen. Es ist falsch, die Notlage eines Landes auszunutzen. Angesichts des Verlustes des Herrn v. Dertling über Belgien noch einmal und so eindeutig sprechen, daß auch Herr v. Dertling ihn versteht. Der Streik war nicht Landesverrat. Wenn die Regierung sich nur mit Abgeordneten über politische Fragen unterhält, warum hat sich dann Graf Dertling mit Herrn v. Tirpitz über hochpolitische Dinge unterhalten? Nur wer in dieser Kriegszeit stets die Interessen des Vaterlandes vor die eigenen Interessen stellt, hat das auf die streikenden Arbeiter einen Stein werfen. Eraberger hat recht, bei uns besteht eine Kamorra, die mit Geld und Verleumdungen arbeitet. Was sind das für Menschen, die dem Schrei nach Bürgerkrieg antworten, statt sich mit Ekel abzuwenden? Das preussische Wahlrecht kann selbstverständlich im Reichstag befohlen werden. Redner schließt mit einer längeren Polemik gegen die Nationalliberalen wegen ihrer Haltung in der preussischen Wahlrechtsfrage.

Streik und preussisches Wahlrecht.

Staatssekretär Walraf: Man hat darauf verwiesen, daß die Regierung ja gar keine Veranlassung gehabt hätte, dem Streik entgegenzutreten, weil die streikenden Forderungen der Verwirklichung hätten näherbringen wollen, für die — wie die preussische Wahlrechtsreform — auch die Regierung sei. Hätte es nicht viel näherlegen, daß man den streikenden Arbeitern gefolgt hätte, sie brauchen wegen dieser Forderungen gar nicht zu streiken, denn die Regierung habe sich längst bereit erklärt, sie durchzusetzen. Unrichtig ist, daß während der Streikunruhen sechs Arbeiter erschossen worden seien. Wohl sind einige Arbeiter verletzt worden, aber niemand ist den Verletzungen erlegen. Dagegen steht ebenso amtlich fest, daß neben dem erschossenen Wachmeister insgesamt 21 Schulleute durch Schüsse, Stiche oder Steinwürfe mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Wir danken der Polizei für ihre Wächterleistung.

Abg. Nieher (natl.): Abg. Landsberg sagte, es wäre ihm lieber, wenn die Gerechtigkeit, die in der nationalliberalen Reichstagsfraktion für das gleiche Wahlrecht besteht, in der preussischen Abgeordnetenhausfraktion vorhanden wäre. Ich kann ihm mit zwei Worten antworten: uns auch. Die nationalliberale Reichstagsfraktion war vor einigen Tagen in Hamburg gewesen, wo angegebene Vertreter der Kaufmannschaft Vorträge gehalten und ihre Wünsche und Forderungen vorgebracht haben. Wir haben uns aufrichtig gefreut über den unerschütterlichen Glauben an die glückliche und stolze Zukunft unseres Vaterlandes, der aus ihren Worten sprach und der auch uns durchglüht. Man vertraut fest auf den starken Schutz des deutschen Volkes, wenn der bankrotte Kaufmann wieder nach Übersee hinausgeschickt wird. Redner befragt sich weiter mit Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft und wendet sich ebenfalls gegen das Übermaß von Verordnungen.

Abg. Dr. Horstke (konf.) wendet sich gegen die Anarchie

auf seine Partei durch Eraberger, Scheidemann und andere. Er beklagt, daß die Rechte weitestgehend die Rechte hätte. Noch im Jahre 1917 hätten Zentrum und Fortschritt die gleichen Kriegsspiele wie die Konservativen vertreten und seit damals habe sich nichts verändert. Bei anderer guten militärischen Lage sei keine Veranlassung, die Ziele zu ändern. Die Kriegsspieler seien groß und würden noch anwachsen. Deutschland könne sie allein nicht tragen und müsse sie auf die Staaten abwälzen. Die Schuld an der Kriegsveränderung trügen.

Abg. Dr. v. Schulze-Gaebert (Vo.) füllte zum großen Teil mit Ausführungen über die deutschen Friedensgedanken. Er bringt dann die Forderungen auf, daß deutsche Städte, vor allem auf seine Vaterstadt Bielefeld, zur Sprache und teilt aus persönlicher Erfahrung mit, daß jeder, dem ein Verwandter durch Hungerangriffe getötet oder verkrüppelt wird, ein Dämon bleibt. Welche Wirkung hätten natürlich unsere Vergeltungsmaßnahmen auf die französische und englische Bevölkerung. Deshalb sollte man, um zu einer Milderung des Krieges zu gelangen, durch ein internationales Abkommen alle Hungerangriffe auf nicht unmittelbare an der Front liegende Ortschaften verbieten.

Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung behauptet noch der Abg. Eraberger, Großadmiral v. Tirpitz habe ihm persönlich den Erfolg des verhängten U-Bootkrieges nicht nach 6 Monaten, sondern schon nach 6 Wochen versprochen. (Sturm. hört. hört.) Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

(137. Sitzung.)

CB. Berlin, 1. März.

Der Beratung wohnten bei: Bischoff v. Bager, die Staatssekretäre Graf Roeder und Dr. Solf.

Abg. Juchs (Soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß die nach der Kriegserklärung auch den Angehörigen von Kriegsgefangenen zustehende Unterstützung bei vertriebenen Truppenteilen nicht gezahlt wird.

General v. Cben: Es handelt sich hier um Kriegsgefangene, bei denen der Verdacht vorliegt, daß sie Fahnenflucht begangen haben. In solchen Fällen aber wird die Auszahlung der Unterstützung eingestellt. — Bei der Fortsetzung der Aussprache über den Haushaltsplan nimmt das Wort

Abg. Graf Bosdowski (Dsch. Frak.): Die Schuldenlast des Reiches ist gewaltig gewachsen. Wir sind glücklich bei 124 Milliarden Mark Schulden angelangt (Dsch. hört.). Die Steuerlasten nach dem Kriege werden ungebührlich sein, da die Invalidenrenten und der Reichspensionsfonds gewaltig anwachsen und eine Neuordnung der Beamtengehälter notwendig sein wird. Auf der anderen Seite werden sich die Einkünfte nur allmählich heben. Man kann sich also vorstellen, was der Deutsche an Steuerlasten zu tragen haben wird. Ist es da richtig, in einer solchen Zeit auch noch die Tilgung der Reichsanleihen zu beschleunigen? Eine schnelle Tilgung der Kriegsschulden ist nicht notwendig.

Wenn wir, wie wir alle hoffen, in Zukunft Staatsmänner haben, die das Staatswohl so zu lenken verstehen, daß wir in einen Krieg nicht wieder hereinfallen, dann können wir auch dem deutschen Volke, das durch den Krieg wirtschaftlich so schwer betroffen ist, die Abtragung der Kriegsschulden durch eine Verteilung auf mehrere Jahrzehnte erleichtern. Ohne Staatsmonopole und indirekte Steuern kommen wir nicht aus. Eine bessere Steueranordnung in den Einzelstaaten ist dringend notwendig. Es gibt noch immer wohlhabende Leute, die große Luxusausgaben machen und viel zu wenig Steuern bezahlen. Ein Fehler wäre es, die direkten Steuern auch für das Reich in Anspruch zu nehmen. Bei der Befragung unserer

Verhältnisse zu Ausland

muß ich einer Fabel entgegenreten, nämlich der Behauptung, wir hätten im russisch-japanischen Krieg Russlands Notlage ausgenutzt, um von Russland einen Handelsvertrag zu erzwingen, der die russische Wirtschaft schwer geschädigt hat. Das ist unbedingt falsch. Redner geht auf die Vertragsbestimmungen ein und kommt auf die Zahlungsbeimstellung der letzten russischen Regierung. Wir haben es jetzt Russland gegenüber in der Hand, die Rechte der deutschen Gläubiger zu vertreten, und ich möchte an die Regierung die dringende Aufforderung richten, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Rechte der deutschen Gläubiger in jeder Weise gewahrt werden. Ein wichtiges Amt hat der Reichskassenschatzmeister. Für einen Mann, der öffentliche Gelder verwaltet, gibt es keine Summe, die klein genug wäre, um nicht so stark damit umzugehen. Das muß der Leiter des Reichskassenschatzmeisters sein. Das deutsche Volk hat sich durch Einfachheit und Sparsamkeit immer wieder emporgearbeitet. Diesen Weg müssen wir auch diesmal wieder gehen, dann werden unsere Wunden heilen, und wir werden wieder die alte Stellung in der Welt erringen. (Beifall.)

Schatzmeister Graf Roeder: Die letzten Worte des Vorredners kann ich nur unterschreiben. Bei jeder Ausgabe werden wir uns immer zu fragen haben: wie belastet sie den Steuerzahler? Ich will dem Vorredner nicht in eine allgemeine Steuerdebatte folgen. Ich glaube, sie sei durch ein stillschweigendes Übereinkommen der Parteien bis zur Einbringung der neuen Steuerentwürfe verschoben. Für die Steueranordnung in den Einzelstaaten besteht ein hartes Interesse des Reiches, da die Einzelstaaten ja die Einkommensteuer, die Verbrauchssteuer und die Kriegsteuer veranlagten haben. Es besteht das Bestreben, die Steueranordnungen von den kommunalen Organen, den Landräten usw. abzutrennen. Der Vorredner hat gefragt, wie man

die Kriegsgewinnler

etwas schärfer anpacken könne. Ihr Ausschuss hat sich ja im vorigen Jahre schon sehr eingehend mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, und sie wird zweifellos auch als eine der ernstesten bei dem weiteren Ausbau der Kriegsteuer zu prüfen sein. Ob die Lösung aber gelingt, dahinter möchte ich doch ein großes Fragezeichen machen. Eine Menge von indirekten Gewinnen, die der Aktionär usw. macht, sind sehr schwer zu verfolgen.

Abg. Vogtherr (All. Soz.): Das deutsche Ultimatum ist nicht geeignet, einen Zustand von Frieden und Freundlichkeit mit Russland zu schaffen. Bei dem ukrainischen „Brotfrieden“ freiten sich bereits Deutschland und Österreich um den Markt. Die Interventionskriege, die wir jetzt im wehrlosen Russland führen, dienen nur den heidnischen Mächten der umstrittenen Gebiete. In Vithuen haben wir keine moralischen Eroberungen gemacht, die Vithuen seinen sich nach Russland zurück. Redner wendet sich scharf gegen den Schleichhandel und behauptet, in Sowjetmünde hätten sich hohe Offiziere Lebensmittel angeeignet, die für den Marineflottillen bestimmt gewesen seien.

General Wriessberg rechtfertigt die Verordnungen des Oberkommandos in den Marken gegen Angriffe Vogtherr's. **General Scholz**, Leiter des Kriegsamtes, erklärte, daß bei militärischen Betrieben der Unterschied zwischen Lohn und Löhnung nicht in die Taschen der Unternehmer fließe. Maßnahmen zur gerechten Regelung würden getroffen.

Der Vertreter des Reichsmarineamtes Kapitän Gruninghaus legte Verwahrung ein gegen die Angriffe Vogtherr's auf Seinemänner Offiziere. Das Material solle nachgeprüft werden und wenn Unzulänglichkeiten vorgekommen seien, werde streng durchgegriffen werden.

Abg. v. Franzenpfeil (Vole) bringt eine Reihe von Klagen über Benachteiligung seiner Landsleute vor.

Ministerialdirektor Reinald trat den politischen Beschwerden entgegen. Es handle sich um unter Militärverwaltung stehende ererbte Güter, deren Bevölkerung dem Eroberer weni-

günstig gestellt sei. Dürfen ließen sich da nicht vermeiden. **Abg. Lehrenbach (Str.)** hält den Vollen vor, daß wenn sie auch offiziell Bekundeten über Kriegsnötwendigkeit im Reichsautonomen vorzubringen hätten, doch den Friedensvertrag mit der Ukraine, der den ersten Schritt zur Selbständigkeit Polens bedeute, hätten ablehnen dürfen. Nach Schluß der Beratung wird der Etat dem Reichstag überwiesen. Darauf verläßt sich das Reichstagsabgeordnete.

Der preussische Staatshaushalt.

Re. Berlin, 28. Februar.

Das Haus legt in seiner heutigen 113. Sitzung die Beratung des Haushaltsplanes für 1918 fort.

Auf Wunsch des Unterausschusses des Wahlrechtsausschusses wird nicht der Sonnabend, sondern der Montag diesen Unterausschusses Sitzungstagen bleiben, da seine Mitglieder am Sonnabend verhindert sind.

In den Justizangelegenheiten

widmet der Abg. Reichard (Str.) dem früheren Justizminister Dr. Bielefeld dankbaren Gedenkens. Auf tiefe Beflagen ist die Zunahme der Kriminalität der Jugend. Altkinder der Berliner Kaufmannschaft erklären mit Recht, die Überfälle an Straßendörfern verheerend wirkt auf Rechtsbewußtsein. Wer hat nicht schon einen Bekannten geholt mit einer Brot- oder Fleischkarte? Die Diebstahl- und Einbrüche häufen sich unheimlich.

In der erdrückend großen Anzahl von Kriminalverordnungen findet Abg. Dr. Gottschalk (natl.) eine der Ursachen für gewaltige Zunahme der Straftaten. Wie der Vorredner der Redner für Verbesserung der Lage der Rechtsanwaltschaft namentlich der zum Kriminaldienst eingezogenen. Abgeordnete Dr. Reibold befragt Beamten- und Rechtsanwaltschaft.

Justizminister Dr. Spahn führt aus, daß schon im 1917 die Staatsanwaltschaften beauftragt worden seien, der Erhebung der Anklage wegen Verletzung von Kriegserordnungen Gutachten zu hören. Er versichert, daß die Kriegs- und Konsumverordnungen im Auge behalten werde und daß die die Anklage erlangbaren Stellen fortgesetzt vermehrt werden. Eine Erhöhung der Gehälter werde sich nicht mehr umgehen lassen und dabei werden auch die Anstellungsverhältnisse der Beamten geprüft werden. Der fortliche Abg. Rangow begrüßt die jetzt zustandgekommene Vereinfachung des Strafverfahrens. Der Redner wandte sich gegen die Verhängung von Gefängnisstrafen von wenigen Tagen. Er verlangt, daß die Jugendlichen in besondere Strafanstalten untergebracht werden. Es so Vormundschaftsrichter sollte zugleich Jugendstrafrichter sein, auch die jugendlichen Verbrecher sollten vor das Jugendgericht nicht vor die Jugendstrafkammern kommen.

Abg. Dr. Liepmann (natl.) wünscht bessere Fürsorge die aus der Strafbast Entlassenen, Schutz der Dauerhaftigkeit und Hebung des Realcredits.

Justizminister Dr. Spahn: Das Staatsministerium hat beschlossen, die Disziplinarstrafen in den Personalakten dieser Beamten unter gewissen Bedingungen zu löschen. Die Reklamation des Disziplinarverfahrens ist in die Wege geleitet.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(119. Sitzung.)

Re. Berlin, 1. März.

Das Haus beschäftigte sich weiter mit dem Haushaltsplan für das Ministerium des Innern und nahm das Realdispositiv an.

Der sozialdemokratische Abg. Strich-Berlin beantragte die Vertagung über die Salvarianfrage der Regierung zur Vertagung zu überweisen. Wegen der übermäßigen Preissteigerungen der Arzneimittel werde nur die Vertagung des Verlebens mit Arzneimitteln helfen. Er besprach die Tuberkulose und Sterblichkeit.

Minister des Innern Dr. Drews geht ausführlich auf Salvarianfrage ein. Nach der Aussage der weitaus überwiegenden Mehrheit der beteiligten Ärzte sei das Salvar eine Verankerung unserer Heilkunde, es müsse freilich sorgfältig angewendet werden. Der Minister wendet sich gegen die Einsetzung der sogenannten unparteiischen Kommission, sozusagen einen Gerichtshof bilden soll. In der Frage der Bekämpfung der Tuberkulose gehe die Regierung unermüdet vor. Ein Netz von Fürsorgestellen für Tuberkulose und anderen Fragen der Volksgesundheit muß das Land abgeben. Auch der Wohnungsfürsorge bringt die Regierung alles Interesse entgegen.

Die Vertretung von 500 000 Mark für Säuglingspflege begründet der konservative Abg. Dr. Regenborn und verurteilt die Schonung des Milchviehbestandes. Der Redner beantragt, Salvarianfrage der Regierung zur Erwägung zu überweisen. **Abg. Dr. Lieber (natl.)** schließt sich diesem Antrag an. 50 000 Mark, die für die Säuglingsfürsorge ausgeworfen sind, find wohl nur ein Anfang. Die Lage der Säuglinge muß entschieden verbessert werden. Wir müssen alles mögliche tun, die äußerst schwere Lage der unheillichen Kinder erleichtern.

Für die Fortschrittler sprach Dr. Mugdan dem Abgeordnetenhaus jedes sachverständige Urteil über die Salvarianfrage ab und daß über die Vertagungsfrage zur Tagesordnung übergeben.

Der Zentrumsantrag auf Fürsorge für Krüppel und 16 Jahren wird angenommen. Die Salvarianpetition der Regierung zur Erwägung überwiesen und der Realdispositiv.

Nach Besprechung des Vergetats verläßt sich das Haus auf morgen.

Balfour über Polen und Belgien.

Antwort an Dertling und Csernin.

Der Liberale Dertling hatte im Unterhause angefragt, nahm, sich nicht in Übereinstimmung mit der englischen Regierung befinde und ob nun nicht genaue Bedingungen formuliert werden könnten. Der Minister des Auhern Balfour meinte demgegenüber, daß die kämpfenden Mächte noch nicht zu einer Übereinstimmung gekommen seien, Verhandlungen ermöglichten, und wandte sich dann zu den

Erklärungen über Polen.

Der Minister erklärte, die Wiederherstellung Polens wie sie angeblich aus Csernins Rede ersichtlich sei, könne nicht vorgenommen werden, ohne Polen die Provinzen wiederzugeben, die Deutschland ihnen bei der Teilung genommen hat.

Die Wiederherstellung Belgiens.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede wandte sich Balfour zu Graf Dertling's Erklärungen über Belgien, der er für unbefriedigend hält. Er sagte dabei wörtlich: Dertling sagt: „Gewiß, stellt Belgien wieder her! Wir wollen dort nicht bleiben, aber wir müssen dafür sorgen, daß es nicht ein Aufmarschgebiet für feindliche Mächte werden wird.“ Wann war Belgien ein Aufmarschgebiet?

Wertblatt für den 2. März.

Erstausgang 6^h 11^m Monduntergang 7^h 11^m
Zweitenuntergang 5^h 15^m Mondaufgang 11^h 11^m
1885 Kaiser Franz I. von Österreich gest. — 1851 Strafrechts-
lehrer Franz v. Liszt geb. — 1914 Kardinal Georg v. Kopp gest.
— 1916 Königin Elisabeth von Rumänien (Carmen Silvia) gest. —
1882 Kardinal des Generalvikars Konrad v. Döberst.
Die Vereinigten Staaten ordnen die Bewachung der Dampfschiffe an.

Wertblatt für den 3. und 4. März.

Erstausgang 6^h 11^m Monduntergang 8^h 11^m
Zweitenuntergang 5^h 15^m Mondaufgang 11^h 11^m
1881 Alexander II. von Russland lebt die Leib-
schmerzhaft auf. — 1871 Paris wird von den Deutschen geräumt.
— 1873 Der Balkankrieg zwischen Serbien und Bulgarien.
— 1917 Schriftstellerin Hermine B. Lingner gest.
1. März. 1849 Erlass der Österreichischen Reichsverfassung.
1. März. 1882 Russischer Dichter Gogol gest. — 1890 Theolog und Sprach-
lehrer Franz Delius gest. — 1916 Niederlage der Engländer
auf el Amara am Tigris. — Rückkehr des deutschen Hilfs-
schiffs „Möve“ nach mehrmonatiger Kreuzung im Atlantischen
Ozean. — 1917 Vorstoß der Engländer auf Bagdad.

Die feindliche Wachenhaft? Warum nimmt Deutschland an, daß es ein solches werden würde? Belgien war ein Opfer, nicht der Urheber dieser Verbrechen. Welcherlei Bedingungen hat Hertling im Auge, wenn er sagt, daß Belgien nicht länger ein Aufmarschgebiet feindlicher Wachenhaft sein dürfe?

Des weiteren führte Balfour aus, daß Deutschland Belgien wirtschaftliche Fesseln auferlege, oder sich etwas belgisches Gebiet aneignen wolle, um seine Grenzen zu verfestigen.

Verhandlungen unmöglich.

Balfour schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Was ich in jeder deutschen Anklage über Luxemburg lese, gibt mir den Eindruck, daß ein Deutscher unter der Prämisse immer nur etwas versteht was auf andere Weise geschieht, die Verbindung von Begeisterung für die Freiheit in allen Richtungen und Ausübung von Herrschaft mit dem wohlüberlegten Ziel, daß Deutschland allein ein großer, blühender Staat sein, sondern daß der Rest der gebildeten Welt sich zu seinen Füßen legen soll. Das ist die Richtung in Deutschland, die es so schwierig macht, diplomatische Unterhaltungen zu beginnen, die zum Frieden führen sollen.“

Diese Rede Balfours ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Zum ersten Male spricht England nicht von seinen Rechten, sondern auch von der deutschen Herrschaft. Zum zweiten Male gibt es zu, obwohl es bei der Unterzeichnung der Verträge für aussichtslos hält, daß dieser Krieg durch Verhandlungen beendet werden könne. Da der Minister die Äußerung dieser Antwort erteilt, steht man also nicht mehr auf dem Standpunkt, daß der Frieden nach dem Siege des Verbandes den Deutschen angedient werden müsse. Das ist immerhin schon etwas.

Die Friedensverhandlungen.

Unterredung Graf Czernin mit König Ferdinand in Bukarest, 28. Februar.

Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Vierbündler in Bukarest haben unverändliche Vorbereitungen mit General Averescu stattgefunden.

Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der österreichisch-ungarische Minister des Innern Graf Czernin am 27. d. Mts. in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teil Rumäniens eine Unterredung mit König Ferdinand. Im Einverständnis mit dem Verbündeten gab Graf Czernin dem König die Bedingungen bekannt, unter denen der Vierbund bereit war, mit Rumänien Frieden zu schließen. König Ferdinand hat sich kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde.

Von der Antwort des Königs wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint. Es darf nicht vergessen werden, daß die Regierung in Jassy und mit ihr natürlich der König noch immer unter starkem Druck des Verbandes steht. Denn gleich die Entente auch mit der Wahrheitsliebe eines rumänischen Friedensschlusses einsetzt, so legt sie doch alles daran, Rumänien möglichst lange beim Bündnis zu halten mit Rücksicht auf — das Salonikiunternehmen.

Die Verhandlungen mit Rumänien gestalten sich, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vorläufig schwierig. Wenn sie scheitern sollten, so liegt dies nicht an den deutschen Bedingungen, die rein wirtschaftlicher Natur sind, sondern in der Linie an den territorialen Forderungen unserer bulgarischen Verbündeten, die die ganze Dobrudscha zu sichern wünschen, mit dieser Forderung aber auf den leidenschaftlichen Widerstand der Rumänen zu stoßen können. Inzwischen hat sich die Lage an der rumänischen Front derart gestaltet, daß sie unmöglich, wie bisher, fortgesetzt kann. Es ist daher anzunehmen, daß nach Ablauf der den Rumänen gestellten Frist die militärischen Operationen an dieser Front wieder aufgenommen werden.

Verhandlungsbeginn in Brest-Litowsk

Rumänien vor der Entscheidung.

Die russischen Delegierten sind am Donnerstag in Brest-Litowsk eingetroffen.

In einer formlosen Vorbesprechung der Vorsitzenden der Delegationen des Vierbundes mit dem Vorsitzenden der rumänischen Delegation Sokoloff wurde vereinbart, daß die Friedensverhandlungen mit einer auf den 1. März vor-
mittag 11 Uhr angeordneten Plenarsitzung beginnen.

Es wird sich dabei lediglich um formale Einzelheiten handeln, da in dem Ultimatum, das Russland angenommen hat, ausdrücklich eine Verhandlungsdauer von nur wenigen Tagen vorgesehen war.

Graf Czernin wieder in Bukarest.

Der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren, der im Auftrage der Vierbündlerdelegationen dem König Ferdinand von Rumänien auf moldauischen Boden die Friedensbedingungen mitgeteilt hat, ist nach Bukarest zurückgekehrt, wo er die Bevollmächtigten des Vierbundes von den Ergebnissen seiner Besprechung mit dem König unterrichtet wird.

König Ferdinand wird inzwischen mit seiner Regierung in Jassy Beratungen haben. Von ihrem Ergebnis

wird es abhängen, ob die Vorbereitungen zum Beginn der eigentlichen Friedensverhandlungen führen oder nicht. Jedenfalls wird die Entscheidung schnell fallen müssen, da eine Klärung der Lage an der rumänischen Front aus politischen und militärischen Gründen schnellstens herbeigeführt werden muß.

In unterrichteten Kreisen wird für möglich gehalten, es werde, falls der König sich zu Verhandlungen auf den vom Vierbund angegebenen Grundlagen doch entschließen sollte, der Fortsetzung der Verhandlungen eine Neubildung der rumänischen Regierung vorangehen. Die Mitteilungen, die Graf Czernin dem König im Namen des Vierbundes gemacht hat, haben übrigens nicht den Charakter eines Ultimatum getragen.

Neue Erfolge im Osten.

Schulter an Schulter mit polnischen Legionären.
Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 1. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nördlich von Poel apelle leisteten nördliche nach starker Feuerwirkung unterkommene Vorstöße englischer Infanterie. An der übrigen Front lebte die Artillerietätigkeit vielfach in Verbindung mit kleineren Erkundungsgefechten auf. Westlich von La Fère brachte eine Abteilung vom Vorstoß über den Kanal einige Gefangene zurück. — Ein feindlicher Luftangriff auf Kortrijk verursachte erhebliche Verluste unter der belgischen Bevölkerung.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz. Bei Chavignor drangen Sturmtruppen in die feindlichen Gräben und nahmen 10 Amerikaner und einige Franzosen gefangen. — In den frühen Morgenstunden lebte die Gelechtsstätigkeit in einzelnen Abschnitten der Champagne auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Länge der ukrainischen Nordgrenze im Vorderland nach Osten haben unsere Truppen den Dnjestr erreicht. Bei Kischinza hielten sie auf einen stark ausgebauten und von Feinde verteidigten Brückenkopf. Stadt und Bahnhof wurden im Sturm genommen und einige Hundert Gefangene gemacht. In Mohyl haben wir die Pripiet-Flottille — 6 Panzerboote, 35 Motorboote, 6 Zazaretboote — erbeutet. — Bei Jastow und Katsin wurde die Bahnhofs-
Kiew-Schmerinka erreicht. Den südwestlich von Staro Konstantinow im Kampf gegen feindliche Übermacht stehenden polnischen Legionären eilten deutsche Truppen zu Hilfe. Gemeinsam wurde der Feind geschlagen. — Von der ukrainischen Regierung und Bevölkerung zum Schutz gegen feindliche Banden gerufen, sind österreichisch-ungarische Truppen in breiten Abschnitten nördlich vom Dnjestr in die Ukraine eingerückt.

Italienische Front.

Zu beiden Seiten der Brenta war die Kampftätigkeit tagüber gesteigert.

Von der macedonischen Front nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wien, 1. März. Der amtliche Deeresbericht meldet, daß bei dem Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in Bodollen bisher an 10 000 Russen die Waffen gestreckt haben.

Wie aus Wien gemeldet wird, wandte sich der Gouverneur von Bodollen an die österreichisch-ungarische Regierung mit der Bitte, Truppen in Bodollen einmarschieren zu lassen, um zu verhindern, daß bolschewistische Banden ukrainische Gebiete zerstören und ihre Lebensmittelvorräte vernichten. An zuständiger Stelle wird die Bitte des Gouverneurs von Bodollen für gerechtfertigt und begreiflich angesehen. Die Lebensmittelvorräte für Österreich-Ungarn müssen gesichert werden; weiter sei damit zu rechnen, daß, wenn österreichisch-ungarische Truppen im Rücken der Rumänen sein werden, dies auf die rumänischen Friedensverhandlungen eine sehr günstige Wirkung haben wird.

Wie das österreichische Kriegsressort meldet, erschienen am 28. Februar der Kommissar für das Gouvernament Bodollen Dr. Steura und der Stabschef der Oberbefehlshabers der Südwestfront Nikolajew beim k. u. k. 54. Divisionskommando mit der Erklärung, daß sie mangels jeder Verbindung mit der Zentraltruppe gekommen seien, um im Namen des ukrainischen Volkes gegen die Gewalttätigkeiten und das verbrecherische Räuberwesen der Bolschewiki den Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in die Ukraine zu erbitten. Beide Abgesandte wiesen sich vollkommen entsprechend aus und betonten ausdrücklich, daß sie ihre Bitte im Namen der ganzen ukrainischen Bevölkerung vorgebracht hätten.

Neue U-Boots-Erfolge.

Berlin, 28. Februar.

Amtlich wird gemeldet: Ein unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant J. S. Lohr, hat kürzlich in der Irischen See und im Arwelkanal 9 Dampfer mit rund 25 000 Br.-Neg.-To. versenkt, darunter die bewaffneten tiefbeladenen englischen Dampfer „Clenart“ (1950 Br.-Neg.-To.), „Solo“ (2915 Br.-Neg.-To.), „Carlisle Castle“ (1325 Br.-Neg.-To.), ferner die englischen Küstendampfer „Timesfield“, „Ardbeg“, „Ven Rein“.

Mit den vorstehenden Schiffen gingen für die Feinde wertvolle Ladungen an Kriegsmaterial und Gebrauchsgegenständen verloren, so mit dem Dampfer „Clenart“ eine Schiffsabteilung Minen, für den Mittelmeerkriegsschauplatz bestimmt. Die drei Küstendampfer waren mit Bergsoda und Seife voll beladen. Besonders wertvolle, mit mehreren Geschützen bewaffnete Dampfer von 4000 und 7000 Br.-Neg.-To. wurden in der Einfahrt zur Irischen See aus stärkster feindlicher Sicherung herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Besatzung des „Agos Mendi“.

Die ganze deutsche Besatzung des Dampfers „Agos Mendi“, des Begleitsschiffs des Hilfskreuzers „Wolf“, das bei Sagen strandete, ist am Mittwoch zusammen mit den spanischen Offizieren gelandet. Eine Abteilung dänischer Soldaten empfing die Deutschen am Strande und führte sie nach Sagen, wo sie interniert wurden.

Amtlich wird gemeldet: Im Mittelmeer wurden auf den Wegen nach Alexandria, Port Said und Saloniki 6 Dampfer und 2 Segler von zusammen 22 000 Br.-Neg.-To. versenkt.

Die Dampfer waren tiefbeladen, zum Teil bewaffnet und stark gesichert.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Untergang des Hospitalschiffes „Clenart Castle“. Über den Untergang des Hospitalschiffes „Clenart Castle“ (6000 To.) wird aus London gemeldet, daß das Schiff 20 Meilen von der Insel Lundo untergegangen ist. Das Schiff kam aus Newport, wo es repariert worden war und befand sich auf dem Wege nach Frankreich, um von dort Verwundete abzuholen. Das Schiff sank innerhalb 7 Minuten.

Kleine Kriegsspost.

Berlin, 28. Febr. Die Eisenbahnabteilung Kattowick hat nach einer Meldung der Schlesischen Zeitung den Regimentsarzt Beck und einen Wundarzt nach Brest-Litowsk entsandt, die dort den Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Russland zwecks Austausch von Gütern in die Wege leiten sollen.

Landbrück, 28. Febr. Gestern fanden mehrere Fliegerangriffe auf Bosen statt. Es wurden 16 Bomben abgeworfen, eine davon auf ein Quartier mit Kriegsgefangenen, von denen 8 getötet und 20 verwundet wurden.

Brest, 28. Febr. Der erste Lord der britischen Admiralität Sir Geddes ist in Athen angekommen und vom König in Audienz empfangen worden.

Jülich, 28. Febr. Wie in Paris amtlich bekanntgegeben wird, haben amerikanische Truppen nunmehr auch einen Abschnitt am Chemin des Dames besetzt.

Lugano, 28. Febr. Allgemein nimmt man in der Schweiz an, daß eine italienische Offensivoffensive unmittelbar bevorsteht.

Petersburg, 28. Febr. Die Militärattache der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens, Englands, Serbiens und Japans haben dem ihnen von ihren Regierungen zugegangenen Befehl zufolge Russland verlassen.

Wien, 1. März. Die Generale der Infanterie Josef Ritter Roth v. Limanowo und Hermann v. Kusmanek sind zu Generalobersten ernannt worden.

Stockholm, 1. März. Ein schwedisches Jägerbataillon, bestehend aus schwedischen Freiwilligen, unter schwedischer Führung ist nach Finnland abgegangen, um dort am Kampfe teilzunehmen.

Jülich, 1. März. Nach römischen Blättern sind amerikanische Offiziere in den italienischen Generalstab eingetreten. Es sei kein Zweifel mehr, daß Italien am Vorabend wichtiger Ereignisse stehe.

Genf, 1. März. „Journal de Genève“ teilt Gerüchte von einer bevorstehenden Friedensvermittlung durch die Schweiz mit. Eine solche Vermittlung würde sich nur im Rahmen strengster Neutralität halten und nur dann erfolgen können, wenn sichere Anzeichen einer guten Aufnahme von allen Seiten gegeben würden.

Lugano, 1. März. 60 französische ehemalige Minister und Parlamentarier telegraphierten an den König von Rumänien, Frankreich sei überzeugt, daß Rumäniens König und Volk Ehre und Unabhängigkeit des Staates wie Belgien und Serbien wahren werden.

Neues Hilfesuch aus Finnland.

Lenin und Trotski vor dem Rücktritt?

Die finnische Regierung hatte bereits Mitte Februar in Berlin ein Gesuch um deutsche Waffenhilfe überreicht. Es war darin das furchtbare Wüten der Roten Garde und deren Unterstützung durch die gegenwärtige Petersburger Regierung sowie die dadurch herbeigeführte Notlage Finnlands geschildert.

Jetzt haben die Bevollmächtigten der finnischen Regierung in Berlin erneut ein offizielles Gesuch um Waffenhilfe durch Deutschland an die Regierung überreicht.

In dem Gesuch werden noch einmal die Greuel geschildert, die die russischen Truppen, unterstützt von den Bolschewiki auf finnischem Boden verüben. Sodann aber wird auf die trostlose wirtschaftliche Lage des Landes und auf die Lebensmittelpnot verwiesen und auch um Hilfe gegen diese gebeten.

Die Unabhängigkeit Estlands.

Nach einer Meldung aus Reval hat der Stadtrat von Reval eine Kundgebung veröffentlicht, die die Unabhängigkeit Estlands erklärt. Eine provisorische Regierung ist gebildet worden. Die Kundgebung erklärt Estland als neutrale Nation. Kein estländischer Bürger soll an dem russisch-deutschen Kriege teilnehmen. Die von den Bolschewiki beschlagnahmten Güter werden ihren Besitzern zurückgegeben. Die in russischen Regimentern dienenden estländischen Soldaten werden zurückberufen, und wenn sie der Anforderung nicht Folge leisten, als Deserteure behandelt.

Nach einer andern Meldung haben die Deutschen, als sie bis auf sieben Stunden auf Reval vorgezogen waren, Parlamentäre geschickt, die erklärten, in Anbetracht der Unabhängigkeit Estlands kämen die Deutschen als Gäste und nicht als Eroberer.

Rücktritt Lenins und Trotskis?

Die „Pravda“ (das Organ Lenins) schreibt zu der bevorstehenden Wiedereinberufung der Nationalversammlung und der Demission Lenins und Trotskis: Die beiden Apostel des internationalen Sozialismus hätten jetzt ihre erste Aufgabe erfüllt, so daß sie ihre amtliche Tätigkeit einstellen können.

Schlupdiens.

Draht- und Korrespondenz-Verhältnisse.

Rühlmann und Czernin in Brest-Litowsk.

Berlin, 1. März. Die Verhandlungen der Mittelmächte mit Rumänien sind unterbrochen worden, weil Staatssekretär v. Rühlmann und Graf Czernin zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Russland nach Brest-Litowsk berufen worden sind. Die mit dem formellen Abschluß der Verhandlungen betrauten Vertreter der in Betracht kommenden Mächte sind alle in Brest-Litowsk versammelt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages steht unmittelbar bevor. Die Verhandlungen, die heute vormittag begannen, müssen spätestens Sonntag beendet sein. Der rumänische Ministerpräsident Averescu hat sich wieder nach Jassy begeben, um mit dem König Ferdinand und den Ministern zu beraten. Die Verhandlungen in Bukarest sollen nach der Rückkehr Rühlmanns und Czernins wieder aufgenommen werden. Die Nachrichten auf einen friedlichen Verlauf der Verhandlungen sind indessen sehr gering.

Der Schweizer Gesandte beim Vizekanzler.
Berlin, 1. März. Der Stellvertreter des Reichskanzlers
Dr. v. Bauer empfing gestern den Schweizerischen Gesandten
Dr. Merz.

Der Vatikan für Hertling.
Rösch, 1. März. Der „Osservatore Romano“, das
katholische Organ des Vatikans, gibt seine Zustimmung
zu den Erklärungen des Grafen Hertling im Reichstage
kund.

Parlamentarische Diskussion in Österreich.
Wien, 1. März. In der Vorarlbergerischen Landes-
versammlung ein. Im Vorarlbergerischen Landtage
wurden gegen das Verbotsgesetz für Eisen. Morgen
werden noch die arbeitsfähigen Parteien auf Grund von
Verhandlungsvorschlägen mit der Opposition Sühnung nehmen.
Sollte auch dies keinen Erfolg haben, so ist für die Mitte
nächster Woche mit der Schließung des Landtages, vielleicht
sogar mit der Auflösung zu rechnen.

Sandwich in der Petersburger englischen Botschaft.
Petersburg, (Indirekt), 1. März. Die Petersburger Re-
gierung hat in der englischen Botschaft eine Hausdurchsuchung
vorgenommen und die Geheimnisse unterfuchen lassen, da dort
angeblich wichtige Angaben über eine geplante gegenrevo-
lutionäre Verschwörung zu finden sein sollten. Der eng-
lische Botschaftsträger hat gegen diese Verletzung des Völker-
rechtes Protest erhoben.

Acht Stunden vor Petersburg.
Schweizer Grenze, 1. März. Die Völker Nachrichten
melden: Die Deutschen haben ihren Vormarsch weiter nach
Osten fort und haben gegenwärtig kaum mehr acht
Stunden von Petersburg entfernt. In der Stadt herrscht
heftigste Aufregung.

General Januschewitsch ermordet?
Sankt Petersburg, 1. März. Nach Meldungen der Londoner Presse
aus Petersburg soll der frühere Chef des russischen General-
stabes General Januschewitsch von roten Garisten, die ihn
nach Petersburg bringen sollten, ermordet worden sein.

Das neue russische Hauptquartier.
Sankt Petersburg, 1. März. Nach einer „Times“-Meldung aus
Petersburg ist das russische Hauptquartier nach Twer verlegt
worden.

Finische Frauenbataillone.
Kopenhagen, 28. Febr. Wie finnische Blätter melden,
finden nun in Finnland auch Frauenbataillone zur Wiederher-
stellung der Ordnung gebildet worden.

Japan droht.
Amsterdam, 1. März. Der japanische Botschafter in
London, Baron Motono, erklärte, daß Japan den Umständen
entsprechende Schritte tun und seine Interessen in Rußland
notfalls mit Waffengewalt wahren werde.

England erkennt die Friedensschlüsse nicht an.
Sankt Petersburg, 1. März. Im Unterhause erklärte Balfour, daß
das endgültige Schicksal Rumaniens, Armeniens und der be-
setzten russischen Gebiete erst auf einer allgemeinen Kon-
ferenz entschieden werden werde.

Kerenski in Paris.
Genf, 1. März. Nach einer Meldung des „Journal“ soll
Kerenski auf seiner unter großen Schwierigkeiten bewerk-
stelligten Flucht aus Rußland in Paris eingetroffen sein. Er
dürfte sofort mit politischen Persönlichkeiten in Verbindung
treten.

Frau Callaux geht ins Kloster.
Rotterdam, 1. März. Nach Meldungen Pariser Blätter
hat Frau Callaux den Entschluß gefaßt, ins Kloster zu gehen
um sich der ihr drohenden Verhaftung zu entziehen.

Frühkartoffeln als Saatgut.
Unter Bezugnahme auf meine vor kurzem erlassene Bekanntma-
chung wegen Saatgutbestellung mache ich hiermit bekannt, daß
als Frühkartoffeln „Raisereone“ und „Frühe Rosen“ voraussichtlich
zum Preise von 14 M. zur Verfügung stehen werden. Diejenigen,
die Saatkartoffeln bereits bestellt haben, ersuche ich noch anzugeben,
welche Mengen an Früh- und welche an Spätkartoffeln gewünscht
werden und zwar muß diese Angabe spätestens Montag vormittag
bis 11 Uhr erfolgen. Bis zu diesem Termine werden auch noch Be-
stellungen auf Frühkartoffeln angenommen.

Hachenburg, den 1. 3. 1918. Der Bürgermeister.
Alle Personen, die Brennholz zugeteilt erhalten haben, aber auf
Lieferung verzichteten, werden ersucht, die betr. Benachrichtigungen bis
spätestens Montag, den 4. d. M., in meinem Dienstzimmer abgeben
zu lassen. Von denjenigen, die die Benachrichtigungen bis 4. d. M.
nicht abgegeben haben, wird angenommen, daß sie das Holz über-
nehmen.
Hachenburg, den 1. 3. 1918. Der Bürgermeister.

Polizeiverordnung.
betreffend Ausdehnung der Trichinenschau auf Hauschlach-
tungen im Reg.-Bezirk Wiesbaden.

Auf Grund der §§ 8, 12 und 13 der Verordnung über die Poli-
zeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. 9. 1897
(G.-S. S. 1525), in Verbindung mit den §§ 137 und 139 des Ge-
setzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 (G.-S.
S. 195), § 24 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleisch-
schau vom 3. 6. 1900 (R.-G.-Bl. S. 547 folg.) und §§ 1 und 13
des Gesetzes, betreffend Ausführung des Schlachtvieh- und Fleisch-
schaugesetzes vom 28. 6. 1902 (G.-S. S. 329) wird hiermit, unter
Zustimmung des Bezirksausschusses, für den Umfang des Regierungs-
bezirks Wiesbaden verordnet, was folgt:

§ 1.
Soweit nach den jeweilig geltenden, von zuständiger Stelle er-
lassenen Bestimmungen Viehtüde bei gewöhnlichen Schlachtungen
einer Untersuchung auf Trichinen unterworfen sind, ist diese Unter-
suchung auch bei Hauschlachtungen vorzunehmen.

§ 2.
Auf das Verfahren bei und nach der Untersuchung finden die
Grundsätze des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleisch-
schau, vom 3. Juni 1900 und der dazu von den zuständigen Stellen
erlassenen Ausführungsbestimmungen sinngemäße Anwendung.

§ 3.
Verantwortlich dafür, daß diese Untersuchung vorgenommen wird,
ist der, welcher den Auftrag zur Schlachtung erteilt, sowie der, welcher
die Schlachtung vornimmt.

§ 4.
Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit nicht
nach den bestehenden Bestimmungen eine anderweitige Bestrafung ein-
zusetzen ist, mit Geldstrafe bis zu 60 M., im Unvermögensfalle mit
entsprechender Haft bestraft.

Wiesbaden, den 3. Februar 1918.
Der Regierungspräsident.
Wird veröffentlicht.
Hachenburg, den 28. 2. 1918. Der Bürgermeister.

Neuheiten in Ansichtskarten
zu haben bei Th. Kirchhübel, Hachenburg.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 2. März

* Wer da meinte, daß der Winter sich schon zum
Scheiden angeschickt habe, als in den letzten Tagen bei
hellem Sonnenschein auch schon ein Frühlingshauch wehte,
ist eines anderen belehrt worden. Am letzten
Tage des Monats gab es rechtliches Schneetreiben und
der Märzschnee, den unsere Bauern nicht gern sehen,
hat sich auch bereits eingestellt, wenn auch nur in ge-
ringer Menge. Aber es ist wieder reichlich kalt ge-
worden und der Winter tobt sich anscheinend nochmals
gründlich aus. Das soll uns jedoch wenig kümmern,
denn der holde Feig ist nicht mehr ferne und er kommt,
wenn auch nicht zu dem Kalendertermin. Hoffen wir,
daß auch der Völkerrückzug, nach dem sich wohl die
ganze Menschheit auf dem weiten Erdenrund im inner-
sten Herzen sehnt, nicht mehr allzu fern ist.

Reichsad, 28. Febr. Erich Schmidt, Sohn des Herrn
Postverwalters Schmidt, hat das Eisene Kreuz erhalten.
Es haben nun 3 Söhne des Herrn Postverwalters diese
Auszeichnung. Sanitätsunteroffizier Erik Schmidt wurde
zum Feldwebel befördert.

Neuwied, 27. Febr. (Strafkammer.) Der jugendliche
Arbeiter Albert Sch. in Gebhardshain war bei dem
Postamt Gebhardshain als Ausheifer mit Beamtenzugehörig-
keit angestellt. Er ist geständig, häufig die entwerteten
Freimarken abgelöst und zur Freimachung unfranchierter
Pakete verwendet und das Geld, das er zur Freimachung
erhalten, für sich verwendet zu haben. Unter Einschluß
einer am 29. Oktober 1917 gegen Sch. erkannten Ge-
fängnisstrafe von 2 Monaten wurde Sch. zu einer Ge-
samtsstrafe von 2 Monaten 1 Woche verurteilt.

Koblenz, 28. Febr. Das Kriegsgericht der Festung
Koblenz-Ehrenbreitstein hat gestern die 24jährige Ar-
beiterin Sibylla Sauer aus Rüllich und die Ehefrau
Anton Schatz aus Kaltenengers zum Tode verurteilt.
Die Sauer hat am 13. Dezember 1917 ihr 1 1/2 Jahre
altes außerehelich geborenes Kind mit Styrchnin vor-
sätzlich getötet. Die Schatz hat die Sauer zum Morde
angestiftet und ihr dazu Beihilfe geleistet.

Frankfurt a. M., 28. Febr. Im Rathause fand gestern
unter Vorsitz von Bürgermeister Dr. Lupp, Frankfurt
a. M., eine Versammlung der Bürgermeister der größeren
Städte des Regierungsbezirks Wiesbaden statt, die sich
über die Bekämpfung des Schleichhandels schlüssig werden
sollte. Alle Anwesenden betonten, daß es noch zu un-
möglich sei, den privaten Schleichhandel zu unterbinden.
Nur eine noch schärfere Erfassung aller Lebensmittel auf
dem Lande und eine durch sie bedingte Erhöhung der
Rationen in den Städten könne Abhilfe schaffen.

Nah und Fern.

* Nur Kriegsverlebte als Post- und Telegraphen-
gehilfen. Als Post- und Telegraphengehilfen werden in
ablehbarer Zeit nur noch Kriegsverlebte angenommen.
Voraussetzung ist, daß sie für den Post- und Telegraphen-

dienst geeignet sind und den sonstigen Bedingungen
sprechen. Andere Bewerber werden vorerst grundsätz-
lich nicht angenommen. Dies gilt auch für Söhne von
Post- und Telegraphenbeamten.

* Kriegswunderrant und Weinwunder. Zur Ver-
der Frage, woher die ungünstige Preissteigerung
Wein kommt, hat sich eine Kommission des Kriegs-
amtes nach Wiesbaden begeben. Sie nahm unbemerkt
einer Weinversteigerung in Naustal teil, um zu erfahren,
ob dieser Preiswunder schon auf den Versteigerungen
steht. Sie ließ sich von den Käufern zunächst die Be-
vorzogen; um zu ermitteln, ob sie berechtigt seien, an
Versteigerung teilzunehmen.

* Familientragedie. Infolge häuslichen Zwistes
schlug die Stellmachersfrau Irmer in Halle a. S. ihren
Mann mit einem Beil im Schlaf und ertränkte sich
mit ihren beiden Kindern in der Saale.

* Tragödie einer Künstlerfamilie. In München
die Frau des im Felde stehenden Bildhauers Rothemann
ihre 7 und 4 Jahre alten Anaben aus dem Fenster
Wohnung und sprang ihnen dann in die Tiefe nach.
drei blieben tot liegen. Die Frau hat die entsetzliche
im Wahnwitz begangen; sie lebte unter der Bitter-
vorstellung, daß ihr Mann tot sei.

* Der Ringkämpfer Koch gestorben. Jakob
der berühmteste und erfolgreichste deutsche Ringkämpfer
in seiner Vaterstadt Neuk gestorben. Er hat nur ein
von 48 Jahren erreicht. Von Beruf war Koch, der
früher als Turner betätigt hatte, ehe er Ring-
kämpfer wurde, Zimmermann.

* Mit Aspirin vergiftet. Mehrere Kinder in
spielen mit Aspirinabletten, von denen ein vierjähriges
Kind eine Schachtel. Es zeigten sich Vergiftungs-
erscheinungen ein, die den Tod des Kindes herbeiführten.

* Zwei wertvolle Gemälde gestohlen. Wie
Reipziger Polizeibeamte mitteilen, sind aus einem Eisen-
wagen mit Umzugsgut auf dem Transport von
nach Frankfurt a. M. zwei in einer Kiste verpackte
Gemälde gestohlen worden, die einen Wert von mehr
unberechenbar Mark haben. Das eine Bild stellt
Derrn stehend und das andere eine Dame sitzend
beide Bilder befinden sich in einem breiten
rahmen und sollen Werke holländischer Meister
17. Jahrhunderts sein.

* Kirchenschätze im Werte von 30 Millionen Ra-
geraubt. In Moskau sind die Patriarchatschätze,
stehend aus goldenen und inwelenbestetzten Kirchengerä-
ten die auf 30 Millionen Rubel geschätzt werden, gestoh-
len worden. Das Gewicht des gestohlenen Schatzes be-
trägt 400 Pfund.

* Massenunglück bei einem Sportfest. Während
sportlichen Veranstaltung des Sportclubs in Gung-
fürzte das Schauergerüst ein, auf dem sich 1000 Zuschauer
befanden. 100 Frauen und Kinder wurden totgetrennt.
Es brach Feuer aus, dem auch noch Hunderte zum
fielen. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt nahezu 600.

* Bei einer Explosion in einer Munitionsfabrik
der Porta del Popolo in Rom wollte sich die fast
schlechtlich weibliche Arbeiterin ins Freie retten, was
die Treppe zusammenbrach. 76 Frauen sind verwundet,
die Zahl der Toten ist unbekannt.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchhübel in Hachenburg.

Essentielle
Brennholzversteigerung
am Montag den 4. März cr. vormittags 10 Uhr.
Distrikt 26 Hirzbach:
57 Raummeter Eichenheit
Distrikt 19 u. 22 Mehlenheck und Horchhäuserwiese:
55 Raummeter Eichen-, Birken- und
Buchenknüppel, 3000 Eichenwellen.
Sammelpunkt: Flegelhütterweg — an der langen Schneise.
Hachenburg, den 27. 2. 1918. Der Bürgermeister.

Düngemittel.
Kainit und Kalisalz

3. St. in größeren Mengen vorrätig und empfehlen wir
unseren verehrl. Abnehmern, ihren Bedarf für die Früh-
jahrsbestellung schon jetzt einzubeden.

Thomasmehl, Bern-Guano
und Ammoniak-Superphosphat

voraussichtlich Anfang März in beschränkter Menge liefer-
bar. Es können in erster Linie nur die Abnehmer Ver-
rückichtigung finden, welche auch in Friedenszeit ihren
Bedarf bei uns gedeckt haben, da wir entsprechend unserem
Friedensbedarf nur Zuteilung erhalten.

Für sämtliche Düngemittel sind die nötigen Füllfäße
im voraus einzusenden.

Phil. Schneider, G. m. b. H.
Hachenburg.

Leiterwagen
— eingetroffen. —

Warenhaus **S. Rosenau** Hachenburg.

Seidebesen das Stück zu 40 Pfg.
empfiehlt

Josef Schwan, Hachenburg.

Tapeten
in größter Auswahl.
Warenhaus
S. Rosenau
Hachenburg.

Arbeiter und Arbeiterinnen

für dauernde und lohnende Beschäftigung
gesucht.

Gustav Berger & Cie
Fabrik Hachenburg.

Bezugscheine
A I und B II
wieder vorrätig.

Buchhandl. Th. Kirchhübel
Hachenburg.

7 Fettkarten verloren.
Abzugeben an Frau Josef
Klein, Hachenburg.

Neu eingetroffen!
Große
Ia

Salzgurken.

Warenhaus **S. Rosenau**
Hachenburg.

Zu mieten gesucht
zwei helle, ineinanderge-
Zimmer. Näheres in
Geschäftsstelle d. M.

8 Legehühner
mit Gahn
umständehalber zu ver-
Ferdinand Rosenau
Hachenburg.

Mädchen
findet gute Stelle bei
einz. Leuten ohne Alder
Bieh. (Kriegswaise.)
G. onsel, Hütte b. Hach-
burg.

Fußbodenlack
in verschiedenen Far-
in 1/2 und 1/4 Dosen
über Nacht vollständig trock-
Karl Tassbach, Hachenburg.